BIBS-Fraktion
im Rat der Stadt Braunschweig
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

0531/ 470-2181
info@bibs-fraktion.de

Braunschweig, 05. Mai 2017

Was nicht passt, wird passend gemacht: Jubiläumsfeiern 10 Jahre „Schloss"

Derzeit finden in Braunschweig viele Gedenkfeiern statt, die eines gemeinsam haben: Damit soll an den so genannten „Wiederaufbau des Residenzschlosses" erinnert werden. Sei es nur eine Ausstellungseröffnung im „Schlossmuseum", seien es Podiumsdiskussionen der IHK zum „Einzelhandel in der Innenstadt" und der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) zu „Wiedergewonnener Geschichte", oder die nun am 6. Mai stattfindende Veranstaltung des Kulturinstituts, bei der dem Einzug der „Kultur" in das Braunschweiger ECE-Center am Ritterbrunnen in der Innenstadt vor zehn Jahren gedacht werden soll: Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürgern hier offenbar die angebliche „Schloss-Rekonstruktion" als Glanztat und als Rettung der angeblich verfallenden und hoffnungslos verschuldeten alten Residenzstadt Braunschweig endgültig verankert werden soll.

Was nicht passt, wird passend gemacht: Anlässlich dieser nun hoffentlich letzten Feierlichkeit lässt sich auch bei der Stadt ein Hang zur Geschichtsklitterung erahnen. In der städtischen PM zu „10 Jahren Kultur im Schloss" vom 02.05.2017 wird für den 6.5.2017 auch an die Eröffnung des Schlossmuseums vor zehn Jahren erinnert. Völlig egal, dass die wirkliche Eröffnung erst am 09.04.2011 stattgefunden hatte… ein Fauxpas, der gut ins Bild passt.

Aus Anlass dieses Gedenkreigens sieht sich die BIBS-Fraktion in der Pflicht, Anlass, Finanzierung, Stiftungskonstruktion und Konzeption der kulturellen Nutzungen im so genannten „Schloss" mit „Schlossmuseum" und „Quadriga" nochmals kritisch zu beleuchten:

Schlossmuseum:

1. Kunsthistorisch wertvolle, „echte" Ausstellungsstücke werden im Schlossmuseum kaum gezeigt: unter imitierten Decken nach Postkarten-Vorlagen, an den Seiten abgeschlossen durch Replika-Stuck, zwischen Säulen aus Pappmaché und umrahmt von nachgewebten Seidentapeten, kann der Besucher nur einen Thron bestaunen, der aufwendig restauriert wurde.
2. Das Ziel „Stärkung der Braunschweigischen Identität" und die Beteiligung der „Ritterschaft des ehemaligen Landes Braunschweig" im Beirat

des Schlossmuseums, der mit „Sach- und Fachkompetenz" die Arbeit unterstützen soll, zeugt von keinem wirklichen wissenschaftlichen Interesse an Erforschung und Ergebnispräsentation, sondern macht klar, dass es hier hauptsächlich um Marketing und glorifizierendes Adelsspektakel geht.

3. Im Beschluss zur Errichtung des Schlossmuseums wurde 2007 mitgeteilt: „Ziel des Schossmuseums ist es, dass jeder auswärtige Gast, gleichgültig, wie kurz oder lang er in der Stadt weilt, das Schlossmuseum besucht." (Ds. 11328/07). Auf Anfrage der BIBS-Fraktion teilte die Verwaltung mit, dass 2015 insgesamt 5893 Besucher das Schlossmuseum besucht haben. Das sind nicht einmal 20 Besucher täglich (bei 300 Öffnungstagen). Zum Vergleich: Das Herzog-Anton-Ulrich-Museum hatte nach eigenen Angaben „zwischen den Jahren" 2016/17 bis zu 1000 Besucher am Tag, in wenigen Spitzentagen also ähnlich viele Besucher wie das Schlossmuseum in einem Jahr.

Quadriga:

Auf Anfrage der BIBS teilte die Verwaltung mit, dass im Kalenderjahr 2015 15.702 Besucher die Aussichtsplattform der Quadriga besucht haben. Das sind nicht einmal 55 Besucher am Tag (bei 300 Öffnungstagen). Die Verwaltung war anfänglich noch von stolzen „600 Besuchern am Tag in den ersten sechs Monaten, danach von 300 Besuchern pro Tag" ausgegangen. Entgegen den hochgeschraubten Erwartungen ist Touristen und Braunschweigern die Besichtigungsplattform damit bis heute kaum einen Besuch wert.

Es ist ein Unding, dass die Stadt jährlich rund 250.000 Euro in die „Stiftung Residenzschloss" einzahlt: Für 2015 sind nach Aussage der Stadt 216.867 Euro an Kosten für die Stiftungsgeschäfte (Bewachung, Miete, Kurator und Wechselausstellungen) angefallen. Nebenkosten konnte die Stadt noch nicht beziffern, für 2014 beliefen sie sich aber auf 53.665 Euro. Für diese Summen – für deren Zahlung sich die Stadt im Übrigen auf unbestimmte Zeit vertraglich verpflichtet hat – wird wahrlich zu wenig geboten!